ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

25. Jahrgang
No 41

Münster, Sask., Donnerstag, den 15. November 1928

Fortlaufende No.
1289

Welt=Rundschau.

Herbert Hoover, Präsident der Ver. Staaten

Seit dem Weltkriege sind jetzt genau zehn Jahre verflossen. In diesen zehn Jahren hat man bei allen beteiligten Völkern wiederholt einen Blick in die Vergangenheit geworfen, teils um den Gang des Krieges, teils um die Ursachen desselben zu erforschen, teils auch und vor allem, um für die Zukunft die so notwendigen Lehren daraus zu ziehen. Das eigentliche und eingehende Studium des Krieges aber hat noch kaum begonnen, das verlangt ruhigere Nerven als die Völker unmittelbar nach dem Riesenkampfe besaßen.

Ein ähnliches Studium wird und soll auch über den eben beendeten großen Wahlkampf in den Ver. Staaten einsetzen, um Ursachen, Verlauf und Folgen dieses Kampfes zu verstehen und einen klaren Blick in die Zukunft zu gewinnen.

„Der Wanderer" von St. Paul, Minn., hat in seiner gewohnten ruhigen Weise seit Monaten den Verlauf des Wahlkampfes verfolgt und gibt in seiner letzten Nummer einen klaren Ueberblick, den wir hier folgen lassen.

Die Entscheidung ist gefallen.

Eine starke Mehrheit des amerikanischen Volkes hat sich für die republikanische Partei entschieden — trotz der schmachvollen Skandale, die monatelang das Volk erregten, trotz der Enttäuschungen, welche die republikanische Partei den Farmern bereitet hat, trotz der zugestandenermaßen in den breiten Volksschichten bestehenden Verbitterung über die Prohibition und ihre Begleiterscheinungen. Auf Harding und Coolidge folgt ein weiterer republikanischer Präsident: Herbert Hoover.

Wie wir die Verhältnisse kannten, hatten wir ein anderes Ergebnis der Wahl nicht erwartet. Mit nüchterner Sachlichkeit — die zu unserem Bedauern manche begeisterte Optimisten nicht zu befriedigen vermochte — haben wir an dieser Stelle die Aussichten des demokratischen Präsidentschaftskandidaten wiederholt erörtert und stets betont, daß ein demokratischer Sieg so gut wie ausgeschlossen sei. Letzte Woche schrieben wir, daß zwar die Stimmung für Gouverneur Smith lawinenartig wachse, — und wir glauben auch jetzt noch, daß seine Niederlage vor drei, vier Wochen noch viel schwerer ausgefallen wäre — daß aber ein demokratischer Sieg „geradezu unmöglich" sei. Der verflossene Dienstag hat unsere Meinung bestätigt. Es wäre uns lieber gewesen, wir müßten heute bekennen, daß wir uns gründlich verrechnet hatten! Denn wir hätten Gouverneur Smith einen Sieg aufrichtig gegönnt. Er hätte ihn verdient durch den offenen, freimütigen Kampf, den er für seine ehrlich ausgesprochenen Ansichten geführt hat. Und er hätte ihn verdient angesichts einer unreellen, unfairen Kampfesweise der Gegner, die Vorurteil und Haß und alle Kräfte des Fanatismus in ihren Dienst stellten oder doch, unter Augurenlächeln protestierend, als Wahlhelfer sich gefallen ließen.

Die Mehrheit des amerikanischen Volkes hat es anders gewollt. Sie setzte sich über Korruption und Mißwirtschaft, welche die republikanische Partei in unerhörter Weise sich hat zuschulden kommen lassen, hinweg; nahm die Schlagworte von der „Prosperität" und der „Erhaltung des amerikanischen Heims" als vollwertig hin; vertraute trotz aller gebrochenen Versprechungen der Vergangenheit den glänzenden Verheißungen für die Zukunft. Das Volk hat gesprochen, der Wille der Mehrheit entscheidet, das ist Gesetz unseres Volksstaates, und gegen diese Entscheidung gibt es keinen Appell.

Die Gründe der demokratischen Niederlage.

In dieser Wahl standen so viele Fragen mit zum Teil sich kreuzenden Interessen zur Entscheidung, daß eine Analyse des Wahlergebnisses fast unmöglich ist. Eines aber muß man, bevor man auf die vorliegenden Wahlergebnisse näher eingeht, im Auge behalten. Wir haben schon vor Wochen darauf hingewiesen, daß die republikanische Partei numerisch weit stärker ist als die demokratische. Das ergibt sich zur Genüge aus der Parteigeschichte seit dem Bürgerkriege. Die zwei Präsidentschaftstermine des Demokraten Wilson, welche die lange Herrschaft der republikanischen Partei unterbrachen, wurden nur möglich durch die Sezession in der republikanischen Partei. Wohl stimmten in dieser Wahl sechs bis acht Millionen Wähler mehr als vor vier Jahren, aber das Stärkeverhältnis hat sich nicht wesentlich verschoben. Nur daß es den Republikanern gelang, Bresche in den „Solid South" zu legen, ist eine Neuerung.

Es hätte sich zur Herbeiführung eines demokratischen Sieges ein ganz bedeutender Teil der Republikaner den Demokraten zuwenden müssen. Man rechnete, daß einige Millionen eine solche Schwenkung vollziehen würden — das Gros der fünf Millionen, die vor vier Jahren für La Follette stimmten. Aber die Progressiven kehrten großenteils zu ihrer Partei zurück, folgten nicht dem Beispiel von Senator Norris von Nebraska und Blaine von Wisconsin, sondern folgten Borah und anderen fortschrittlichen Führern, die sich im Widerspruch mit ihrer früheren Politik für die Kandidaten der Republikaner einsetzten. Man rechnete ferner damit, daß viele Republikaner, der Prohibition müde, dem Banner von Gouverneur Smith folgen würden, der sich unzweideutig gegen die Prohibition und für die Milderung der Prohibitionsgesetze ausgesprochen hat. Tatsächlich taten viele Republikaner diesen Schritt, aber auch nicht wenige Demokraten verließen das Parteibanner, dem sie bisher gefolgt, und stimmten den republikanischen Wahlzettel. Gewinne und Verluste, die sich aus der Prohibitionsfrage ergaben, dürften sich gegenseitig ausgeglichen haben. Aber irgendwie zuverlässige Zahlen werden sich nicht feststellen lassen, und als Volksreferendum über die Prohibition ist der Ausfall der Wahl nicht anzusprechen — schon deshalb nicht, weil der demokratische Präsidentschaftskandidat für sein persönliches Wollen auf dem Gebiet der Prohibition keinen Rückhalt fand in der Plattform seiner Partei, wie die republikanische Parteileitung oft genug hervorgehoben hat.

Die Intoleranz.

Allerdings begründeten die geräuschvollsten Wahlmacher, die Anti-

(Fortsetzung auf S. 4.)

Etwas zur Statistik des Bundesstaates Oesterreich

Derselbe besteht aus 9 Bundesländern, nämlich:

Staat.	Quadratkilometer	Häuser.	Einwohner.
Wien	278	44.871	1,865.780
Niederösterreich	19.208	216.430	1,480.479
Oberösterreich	11.982	124.246	875.902
Salzburg	7.153	30.734	223.023
Steiermark	16.373	124.445	978.845
Kärnten	9.551	51.765	370.821
Tirol	12.399	44.941	313.867
Vorarlberg	2.602	27.097	139.999
Burgenland	3.967	49.308	285.609
Total:	83.514	713.837	6,534.325

In kirchlicher Hinsicht umfaßt es folgende Bistümer:

Bistum	Bischof	Dekanate	Pfarreien.	Priester.	Seelen.
Wien	Dr. Fr. Gust. Piffl	57	690	1912	2,596.212
St. Pölten,	Dr. M. Memelauer	26	391	838	643.280
Linz	Dr. Joh. Gföllner	35	420	1,181	845.370
Salzburg	Dr. Ignaz Rieder	19	194	565	289.482
Seckau	Dr. Ferd. Pawlikowski	45	344	1,075	973.600
Gurk	Dr. Adam Hefter	17	221	538	384.213
Die Apostolische Administratur für Tirol und Vorarlberg	Dr. Sigmund Waitz	21	321	1,552	470.687

Anmerkung: Wien und Salzburg sind Erzbistümer; der Erzbischof von Wien ist zugleich Kardinal; der Erzbischof von Salzburg trägt den Titel „Fürsterzbischof"; Seckau und Gurk haben den Titel „Fürstbistum" und die Bischöfe heißen „Fürstbischöfe".

Poincare bildet neues Kabinett

Wie vorauszusehen war, wurde der unentbehrliche Poincare, der am 6. November mit seinem Kabinette zurücktrat, sein eigener Nachfolger als Premier von Frankreich. Man scheint gar nicht an eine andere Möglichkeit gedacht zu haben. Am 10. November war das Kunststück bereits geliefert. Abgesehen vom Portfolio der Finanzen, das Poincare bisher selbst geführt hatte, das er aber jetzt an Henri Cheron abgab, verblieben die treuen Mitglieder in ihren Aemtern. Die Stellen der rebellischen radikalen Minister wurden durch neue Männer besetzt, von denen die meisten bisher in der Politik noch wenig hervorgetreten waren. Neubesetzt wurden die Ministerien der öffentlichen Arbeiten, des öffentlichen Unterrichtes, des Ackerbaues, des Handels und der Pensionen.

Regierungswechsel in Rumänien

Der Wunsch der Bauernpartei und ihres Führers, des Dr. Julius Maniu, wurde zu letzt doch erfüllt. Der letztjährige vergebliche Marsch zahlreicher Bauernscharen nach Bukarest, um durch ihren Protest die Regierung Bratianu zur Abdankung zu zwingen, ist noch in aller Gedächtnis. Seitdem aber durch den Tod des älteren Bratianu die Zügel der Regierung in die Hände seines jüngeren Bruders gelangt war, wollte es gar nicht mehr gehen. Ob nun die Meldung vom 3. November, daß die Regentschaft ihn aufgefordert habe, mit seinem Kabinette zurückzutreten, auf Wahrheit beruht oder nicht, Tatsache ist, daß der Rücktritt noch am nämlichen Tage erfolgte und von der Regentschaft angenommen wurde. Gemäß der Gepflogenheit, die sich seit längerer Zeit in Rumänien gebildet hatte, daß nämlich ein Titulescu und ein Bratianu sich in der Regierung ablösen mußten, wurde Nikolaus Titulescu, der rumänische Gesandte in London, nach Bukarest berufen und mit der Bildung eines neuen Kabinettes beauftragt. Er nahm den Auftrag an und suchte ihn zu erfüllen, doch waren seine Bemühungen vergebens. Zuletzt erhielt Maniu den nämlichen Auftrag und erfüllte ihn. Bisher waren Maniu und seine Partei stets in der Opposition, die gewiß der Rechtfertigung nicht entbehrte und auch vielfach von dem Verlangen nach notwendigen Reformen diktiert war. Es steht zu wünschen, daß die neue Regierung manche dieser Reformen wird durchführen können; doch mögen die Schwierigkeiten stärker sein als der gute Wille.

Der Ausbruch des Aetna

Am 13. November, elf Tage nach der ersten Eruption, schien der feuerspeiende Koloß Aetna endlich seine Wut gestillt zu haben. Nach dem Gutachten des sachverständigen Professors G. Ponte, des Direktors des „Instituto Volcanologico", sind die Ausbrüche, die schon seit einigen Tagen weniger heftig waren, nahe daran, sich gänzlich zu erschöpfen. In sechs Strömen ergoß sich das geschmolzene Lava durch das Valloncazzo-Tal nach dem Meere und zerstörte alles, was in seinem Pfade lag. Der fürchterlichen Hitze dieser Masse kann absolut nichts widerstehen; von den Dörfern, über die es hinwegging, sind nicht einmal Ruinen übrig geblieben. Das Lava türmte sich bis zu 30 Fuß auf und erreichte an einigen Einsenkungen eine Höhe von 100 Fuß. Der Mensch steht einem solchen Naturereignis gänzlich hilflos gegenüber, seine einzige Rettung besteht in der Flucht. Da mit diesem Ausbruche kein Aschenregen verbunden war und das Lava eine lange Strecke zu durchlaufen hatte, bevor es menschliche Wohnungen erreichte, gelang es fast allen, ihr Leben und ihre bewegliche Habe in Sicherheit zu bringen. Bloß zwei oder drei Personen scheinen ihr Leben eingebüßt zu haben. Der angerichtete Schaden ist sehr groß, wird aber von Verschiedenen verschieden eingeschätzt. Einige berechnen ihn bis zu 50 Millionen Dollars, die Niedrigsten gehen bis auf 25 Millionen herab. Die direkt betroffene Fläche ist 18 Quadratmeilen groß, wovon fast alles in Weinbergen und Obstgärten angelegt war. Alles dieses, und natürlich auch die weiter den Berg hinauf liegenden Waldungen sind so gründlich vernichtet, daß man nicht einmal mehr ahnen könnte, was vor der Katastrophe dort stand. Im ganzen sind es gegen 3.000 Acker fruchtbarsten Landes, das nicht bloß momentan, sondern für viele Jahrzehnte unbrauchbar geworden ist. 700 Häuser sind vom Erdboden verschwunden, 5,000 Menschen sind heimatlos geworden und gänzlich verarmt. Eine steinerne, solid gebaute Eisenbahnbrücke mit drei Bogen erwies sich kaum mehr als ein Hindernis, denn der Grashalm, worüber das Lava hinwegging. An diesem und an ähnlichen Beispielen könnte der aufgeblähte Mensch etwas Demut lernen; er könnte lernen, die Allmacht Gottes zu bewundern und anzubeten, der alle Naturkräfte in seiner Hand hält.

Die Weltmacht der Plutokraten.

Von Dr. phil. et rer. pol. Hermann Landgraf.

Ueber die Plutokratie, diese brennendste und für den gesamten Mittelstand folgenschwerste aller Wirtschaftsfragen und Tatsachen, hat die „Schönere Zukunft" schon wertvolle Enthüllungen gebracht — kühner und weitschauender als jede andere Zeitschrift. All das sei hier vorausgesetzt! Wir können es um so mehr, als heute doch der letzte Bauer im Lande weiß, daß der Hochkapitalismus nun erst seinen Siegeszug antritt und daß die Revolution von 1918, die unter dem Ruf „Nieder mit dem Kapitalismus!" einen Großteil des Volkes für sich gewann, ihn erst eigentlich in den Sattel hob. Demokratie erwies sich wieder einmal als Nährboden der Plutokratie!

Man weiß, daß durch die Inflation, an deren Tatsache vor allem der Zusammenbruch schuld ist, an deren Art und Ausnützung aber die Plutokratie große Schuld hat, der gesamte Mittelstand verarmte. Das aber heißt nichts anderes, als daß der Mittelstand ebenso wie der Arbeiterstand, das heißt also das Volk, zum Sklaven des Großkapitals geworden ist. Das Jahr 1927 hat vor den Geheimnissen der Wirtschaftsstrategie die Schleier fallenlassen: Während nämlich die vorausgehenden Jahre den kartellistischen Zusammenschluß der gesamten Rohstoffindustrien sahen, ist das Jahr 1927 dadurch gekennzeichnet, daß die Kartelle und kartellähnlichen Gebilde von ihrem Stammsitz auf die verarbeitenden Industrien, Handel, Handwerk und alle anderen Wirtschaftszweige übergegriffen haben. Wenn heute in allen Provinzstädten Warenhäuser auftauchen, die weithin Geschäfte des einheimischen Handels und Gewerbes an sich reißen und diese zwingen, die Waren von der Großindustrie und ihren Gesandten zu beziehen, so ist das nur der sichtbare Beweis dafür, daß die Kartelle, beziehungsweise das sie tragende Großkapital der Herr der gesamten produzierenden Wirtschaft, insbesondere auch des gewerblichen Mittelstandes geworden ist.

Man beachte: Im Jahre 1905 gab es in Deutschland etwa 385 Kartelle, im Jahre 1911: 600, im Jahre 1925: 3000; darunter 2,500 Industriekartelle und 500 Kartelle für Engros- und Detailhandel. Mit anderen Worten: etwa 90% der gesamten Wirtschaftsmacht liegen bereits sicher in den Händen des Großkapitals. In der deutschen Kaliindustrie sind 98% des gesamten in Kali investierten Kapitals in Kartellen zusammengefaßt, in der chemischen 96.3%, im Kohlenbergbau 93%, in der Elektroindustrie 87%, in der Eisen- und Stahlindustrie 80%, im Versicherungswesen 77%, in der Elektrizitätsgewinnung und -versorgung 82.8%, in der chemischen Industrie 82.7%, in der See- und Küstenschiffahrt 81%, in der Nahrungsmittelindustrie 40.6%, in der Textilindustrie 37.3% bei den Banken 73.8%. Die drei Kaufhauskonzerne Tietz, Wertheim und Karstadt beherrschten Ende 1926 rund 80% aller deutschen Warenhäuser. Karstadt, Hamburg-Berlin, besitzt 80 Niederlassungen und mehr als ein Dutzend Fabriken, in welchen zusammen rund 20,000 Personen beschäftigt sind. Tietz verfügt seit dem Ankauf der Warenhäuser Andorf — über 11 große Kaufhäuser mit einem Personalbestand von 18,000 Verkäuferinnen. Solche Mammutunternehmungen sind aber heute auf allen Gebieten an der Tagesordnung; Deutschland steht in der wirtschaftlichen Konzentration verhältnismäßig bereits an der Spitze.

Gewiß wurde eine rationelle Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege notwendig, namentlich wenn man glaubte, die Deutschen müßten den Siegern die inzwischen von diesen eroberten Märkte wieder zu entreißen suchen. An diesem Wettrennen, das Deutschland begonnen hat und gewinnen will, beteiligen sich aber alle europäischen Staaten, weil alle von der finanziellen und wirtschaftlichen Uebermacht Amerikas wieder so und so viel zurückerobern wollen.

Auch in England ist heute jeder Industriezweig von der Konzentrationswelle erfaßt und die Vertrustung, die man vor dem Kriege stets mit Mißtrauen betrachtete, da doch England gegen alles Deutsche ein Vorurteil hatte und zudem durch die Meldungen aus Amerika über die in jenem Lande der Freiheit herrschende Tyrannei der Truste etwas eingeschüchtert war, ist dort heute zu einer nationalen Politik geworden. So bei Eisen und Stahl, so bei Schiffs- und Maschinenbau, so in der Metallwarenindustrie, so in der Seifenfabrikation, so in der chemischen Industrie, welche ein Kapital von 56,800.000 Pfund Sterling besitzt, in den Händen eines der größten Fabrikationskonzerne der Welt liegt und obendrein mit dem großen internationalen Farbentrust in Verbindung steht. So ist es auch beim Handel! Im Baumwollhandel sehen wir die Konzentration Tag für Tag vorwärtsschreiten, ebenso sehen wir große Truste in jeder Branche des Kleinhandels. (Der Generalinhaber der Warenhauszusammenschlüsse größten Formats ist Gordon Selfridge.) In der Schiffahrt besitzt England heute die zwei größten Schiffahrtskonzerne der Welt. Und nun gar noch der Nörstoß der Vertrustung bis aufs Aeußerste: die Fusion von Radio und Kabel! Die betreffenden Gesellschaften verfügen bereits über ein Kapital von 53,500.000 Pfund Sterling, mit kühnen Eroberungsplänen für die Zukunft. Ein Zusammenschluß im Eisenbahnwesen und Kohlenbergbau steht bevor. Was wird da am Ende herauskommen? Wir fürchten, nichts Gutes, da das kleine Europa auf die Dauer doch nicht mit dem viel größeren und reicheren Außereuropa konkurrieren kann. Denn aber folgendes: **Etwas anderes ist Zusammenschluß zur Regelung von Produktion und Absatz, etwas anderes Zusammenschluß zur Sicherung übermäßiger Gewinne.** Das letztere Ziel ist aber heute für viele Zusammenschlüsse die Hauptsache.

(Fortsetzung folgt.)

(„Schönere Zukunft".)